

Parlamentarischer Vorstoss

- Motion
- Postulat
- Interpellation mündlich
- Interpellation schriftlich

Eingereicht von Chompel Balok (SP-JUSO-PFG), Tatiana Pinto Cardoso (SP-JUSO-PFG), Jeyakumar Thuraiajah (Grüne), Marcel Baur (GLP)

Postulat: Einbürgerungshürden senken – Staatskundetest für Minderjährige abschaffen

In der Stadt St.Gallen müssen Jugendliche ab 15 Jahren für die Einbürgerung einen obligatorischen Staatskundetest bei der ARGE Integration bestehen. Dies gilt unabhängig davon, ob sie hier geboren sind oder die obligatorische Schulpflicht erfüllt haben. Ein Vergleich mit Gemeinden aus der Region, die ebenfalls die ARGE Integration beauftragen, zeigt: Die meisten setzen die Altersgrenze bei 16 Jahren an. Somit haben die städtischen Einbürgerungsbehörden eine deutlich strengere Praxis. Zudem ist gemäss den kantonalen Rechtsgrundlagen keine solche Altersgrenze (15 bzw. 16 Jahre) vorgesehen. Sie entspricht einer behördlichen Praxis und leitet sich nicht aus einer bestimmten Rechtsgrundlage ab. Diese Praxis erwies sich im konkreten Falle einer Einbürgerung einer Familie als stossend. Nachdem die Eltern den Staatskundetest bestanden hatten, wollten sie ihren 15-jährigen in der Stadt geborenen Sohn ebenfalls in die Familieneinbürgerung einschliessen. Durch den nachträglichen Test verzögerte sich die Einbürgerung. Auch für die Behörden führte dies zu einem administrativen Mehraufwand. Vor dem Hintergrund, dass der Staatskundeunterricht bereits Teil des Lehrplanes der Volksschule ist, wirkt die erwähnte Behördenpraxis sachfremd und damit als weitere Einbürgerungshürde.

Antrag: Der Stadtrat wird beauftragt, die Einbürgerungspraxis in der Stadt St.Gallen sowie die relevanten inhaltlichen Grundlagen dahingehend anzupassen, dass für minderjährige Gesuchstellende bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, die hier die Volksschule absolviert haben, kein Staatskundetest oder vorbereitender Staatskundekurs verlangt wird. Stattdessen soll der Besuch der obligatorischen Schule als ausreichender Nachweis der staatskundlichen Kenntnisse anerkannt werden.

Begründung

1. *Fehlende gesetzliche Grundlage für Altersgrenze*

Weder das Bundesrecht noch das kantonale Recht sehen die in der Praxis angewendeten

Altersgrenzen von 15 bzw. 16 Jahren bei der Einbürgerung von Minderjährigen in Bezug auf den Staatskundetest vor. Eine Altersgrenze ist einzig in Art. 3 Abs. 2 Bst. c der Verordnung zum St.Galler Bürgerrecht erkennbar. Demnach sind im Verfahren der Besonderen Einbürgerung in die Einbürgerung der gesuchstellenden Person Minderjährige mit Wohnsitz in der Schweiz einbezogen, wenn die gesuchstellende Person die elterliche Sorge ausübt. Gemäss Zivilgesetzbuch gilt die elterliche Sorge für Minderjährige, d.h. bis zum Erreichen des 18. Lebensjahres (ZGB Art. 14). Die beantragte Anpassung würde eine mit der übergeordneten Gesetzgebung konsistente behördliche Praxis schaffen.

2. *Gleichbehandlung innerhalb der Minderjährigen*

Die aktuelle Praxis unterscheidet teilweise schematisch zwischen unter und über 16-Jährigen. Diese Differenzierung ist sachlich kaum gerechtfertigt, da sich die Integration und das staatskundliche Wissen primär aus dem Besuch der obligatorischen Volksschule ergeben, nicht aus einer starren Altersgrenze.

3. *Verhältnismässigkeit*

Der obligatorische Schulunterricht in der Schweiz vermittelt grundlegende staatskundliche Kenntnisse. Bei Kindern und Jugendlichen, welche die obligatorische Schulpflicht absolviert haben, ist davon auszugehen, dass diese Anforderungen bereits erfüllt sind. Ein zusätzlicher standardisierter Test stellt in solchen Fällen eine doppelte Prüfung dar und ist daher unverhältnismässig.

4. *Stärkung des Familienprinzips im Einbürgerungsverfahren*

Einbürgerungen erfolgen bei Minderjährigen in der Regel im Rahmen einer Familieneinbürgerung. Die Integration der Kinder ist eng mit jener der Eltern verknüpft. Eine isolierte, formalistische Prüfung einzelner Jugendlicher steht im Spannungsfeld zu diesem Grundprinzip.

Die heutige Praxis führt für alle Beteiligten zu einem administrativen Mehraufwand und für die Gesuchstellenden zu längeren sowie aufwändigeren Einbürgerungsverfahren. Damit erschwert sie die Einbürgerung von Familien unnötig und steht dem Willen des Stadtrates und des Parlamentes entgegen, Hürden bei der Einbürgerung von Kindern und Jugendlichen zu senken.

05.05.2026

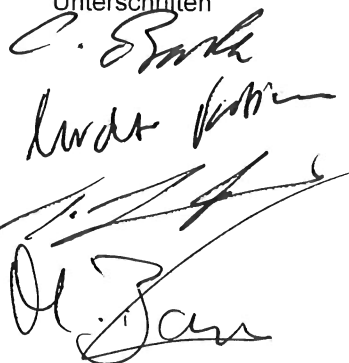
Chompel Balok

Tatiana Pinto Cardoso

Jeyakumar Thurairajah

Marcel Baur

Unterschriften



Unterschriften Parlamentarischer Vorstoss

Name, Vorname	Partei	Unterschrift	Name, Vorname	Partei	Unterschrift
Angehern Patrik	die Mitte		Kobler Liliane	FDP	
Arpagaus Hans Peter	die Mitte		Kuratli Donat	SVP	
Balok Chompel	SP	<i>C. Balok</i>	Liechti Ivo	die Mitte	
Bänziger Noemi	GLP		Lüchinger Raphael	FDP	<i>R. Lüchinger</i>
Baur Marcel	GLP	<i>M. Baur</i>	Meyer Veronika R.	Grüne	<i>V. Meyer</i>
Bechtiger Roger M.	die Mitte		Neuweiler René	SVP	
Bertoldo Daniel	EVP	<i>D. Bertoldo</i>	Olibet Peter	SP	<i>P. Olibet</i>
Brunner Jürg	SVP		Pinto Cardoso Tatiana	SP	<i>T. Pinto</i>
Calzavara Andrea	SP	<i>A. Calzavara</i>	Rickli Matthias	SP	<i>M. Rickli</i>
Casaulta Marius	die Mitte		Ronzani Manuela	SVP	
Crottogini Eva	SP	<i>E. Crottogini</i>	Rotach Marcel	FDP	
Diem Melanie	GLP	<i>M. Diem</i>	Rütsche Beat	die Mitte	
Dudli Andreas	FDP	<i>A. Dudli</i>	Saxer Corina	FDP	
Eberhard Gabriela	SP	<i>G. Eberhard</i>	Schmid Angelica	SP	<i>A. Schmid</i>
Eichmann Robin	JUSO	<i>R. Eichmann</i>	Schmid Rebekka	Grüne	<i>R. Schmid</i>
Eisenring Sinah	J Grüne	<i>S. Eisenring</i>	Schönbächler Philipp	GLP	<i>P. Schönbächler</i>
Federer Cornelia	Grüne	<i>C. Federer</i>	Schürch Marlène	SP	<i>M. Schürch</i>
Froidevaux Alice	SP	<i>A. Froidevaux</i>	Städler Michael	SP	<i>M. Städler</i>
Garobbio-Campi Nadia	FDP		Stähelin Louis	die Mitte	
Gasser-Beck Jacqueline	GLP		Stauffacher Marc	die Mitte	
Giger Thomas	SVP		Sutter Flavia	FDP	
Giger Timothy	SVP		Thurairajah Jeyakumar	Grüne	<i>J. Thurairajah</i>
Granitzer Esther	SVP		Vosseler David	SVP	
Heeb Jenny	SP	<i>J. Heeb</i>	Wäspé Remo	SVP	
Herzog Mischa	Grüne	<i>M. Herzog</i>	Weibel Lara	SP	<i>L. Weibel</i>
Hornstein Andrea	PFG	<i>A. Hornstein</i>	Wenger Lydia	SP	<i>L. Wenger</i>
Huber Christian	Grüne	<i>C. Huber</i>	Wettach Christoph	GLP	<i>C. Wettach</i>
Hufenus Gallus	SP	<i>G. Hufenus</i>	Wick Oliver	JF	
Jud David	GLP		Winter-Dubs Karin	SVP	
Keller Felix	FDP		Ziegler Antje	die Mitte	
Keller Stefan	FDP				
Königer Doris	SP	<i>D. Königer</i>			
Kobel Christoph	SP	<i>C. Kobel</i>			